

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 87. Ratssitzung vom 10. Februar 2016**

### **1668. 2015/277**

**Weisung vom 26.08.2015:**

**Umwelt- und Gesundheitsschutz, Ausrichtung von Desinvestitionsbeiträgen beim Ersatz fossiler Heizungen durch erneuerbare Systeme, Pilotprojekt 2016–2020, Objektkredit, Abschreibung zweier Postulate**

Antrag des Stadtrats

1. Für die Ausrichtung von Desinvestitionsbeiträgen an Eigentümerschaften von Gebäuden in der Stadt Zürich, die einen Anschluss an einen Wärmeverbund mit Abwärme und/oder erneuerbaren Energien (mindestens 70 Prozent fossilfrei) erstellen und damit ihre bestehende, noch nicht amortisierte, fossil betriebene Feuerungsanlage ablösen, wird im Rahmen eines Pilotprojekts für die Jahre 2016–2020 ein Objektkredit von 2,12 Millionen Franken bewilligt.
2. Das Postulat von Nicolas Esseiva und Andreas Edelmann, GR Nr. 2013/286, betreffend Ausrichtung von Risikobeiträgen im Rahmen der Abklärungen für Erschliessungsprojekte neuer Fernwärmeverbunde wird als erledigt abgeschrieben.
3. Das Postulat von Nicolas Esseiva und Andreas Edelmann, GR Nr. 2013/287, betreffend Ausrichtung von Desinvestitionsbeiträgen beim Ersatz fossiler Heizungen durch erneuerbare Systeme wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Dispositivziffer 1 / Kommissionsreferentin Dispositivziffer 3:

**Barbara Wiesmann (SP):** *Im August 2013 wurden zwei Postulate an den Stadtrat überwiesen. Beim ersten Postulat ging es um die Ausrichtung von Risikobeiträgen im Rahmen von Abklärungen für Erschliessungsprojekte der Fernwärmegebiete. Das zweite Postulat betraf die Ausrichtung von Desinvestitionsbeiträgen beim Ersatz fossiler Heizungen durch erneuerbare Energien. Im Zentrum beider Postulate stehen Wärmeverbunde, die mit Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien betrieben werden. Verbunde bringen grössere Herausforderungen mit sich. Die Investitionskosten sind höher und die Bereitschaft der verschiedenen Beteiligten muss vorhanden sein. Der Stadtrat hat die bestehenden Finanzierungs- und Fördermittel analysiert. Das Anliegen der Risikobeiträge wird erst Ende 2016 beurteilt, da im Rahmen der Überarbeitung des kommunalen Energieplans die Stimulierung und Koordination von neuen Energieverbunden vertieft untersucht wird. Bezüglich des zweiten Postulats, das die Ausrichtung von Desinvestitionsbeiträgen fordert, schlägt der Stadtrat ein Pilotprojekt vor. Eigentümerschaften von Liegenschaften, die ihre fossile Heizung noch nicht abgeschrieben haben und durch eine mindestens 70 % fossilfreie Anlage ersetzen, sollen Desinvestitionsbeiträge erhalten. Durch einen finanziellen Beitrag kann die Bereitschaft zu einem Verbundprojekt massgeblich erhöht werden. Pro eingesparter Tonne CO<sub>2</sub> sollen 50 Franken ausbe-*

zahlt werden bei einem Mindestbeitrag von 500 Franken. Der erwartete Aufwand wird auf rund 15 Stellenprocente geschätzt. Darin enthalten sind Kommunikationsmassnahmen, Kostenkontrolle und die Evaluation des Pilotprojekts. Es wird mit einem Gesamtaufwand von 2,12 Millionen Franken über die fünf Jahre des Pilotprojekts gerechnet. Die Kosten für 2016 sind bereits im Budget 2016 enthalten. Der Stadtrat beantragt zudem die Abschreibung der beiden Postulate. Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass durch die Desinvestitionsbeiträge Wärmeverbunde massgeblich gefördert werden können. Es ist ein erklärtes Ziel der Stadt, erneuerbare Energien zu fördern und den Einsatz von fossilen Energien und somit den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu reduzieren. Wir halten das Pilotprojekt für den richtigen Schritt in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft. Mit der Auszahlung von Desinvestitionsbeiträgen kann eine wichtige Hürde gesenkt werden. Den Antrag der Grünen bezüglich einer Ausweitung der Beiträge auf autarke Heizungen hält die SP ohne einen erhöhten Gesamtbetrag für das gesamte Projekt nicht für sinnvoll. Zudem kann bei autarken Lösungen Geld vom Stromsparmofonds beantragt werden. Wir lehnen auch den Antrag der Grünen auf Erhöhung des Mindestanteils an fossilfreien Energien in einem Verbund von 70 auf 80 % ab. Dies würde einige Verbunde ausschliessen. Im Rahmen des Pilotprojekts scheint uns die Höhe von 70 % richtig.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag:

**Marcel Bührig (Grüne):** Beim Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1 geht es uns darum, die konsequente Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft zu gewährleisten. Wir halten die Erhöhung des Mindestanteils an fossilfreien Energien von 70 auf 80 % für notwendig, um zu zeigen, dass auch Wärmeverbunde in der Stadt vermehrt einen höheren Anteil an fossilfreien Energien haben sollen. Im schweiz- und weltweiten Vergleich ist es vertretbar, den Mindestanteil auf 80 % zu erhöhen. Des Weiteren sollten unserer Meinung nach auch erneuerbare Heizlösungen ohne Verbund durch Desinvestitionsbeiträge gefördert werden können. Wärmeverbunde sind schwierig zu finden. Man muss sich stets miteinander absprechen und es lohnt sich nicht immer. Die Stadt möchte auf eine ökologische Erneuerung hinzielen. Dazu müssen wir dafür sorgen, dass wir möglichst viele auf fossilen Energien basierende Heizungen ablösen können.

Kommissionsminderheit Dispositivziffer 1 / Kommissionmehrheit Dispositivziffer 2:

**Thomas Osbahr (SVP):** Die Kommissionsminderheit lehnt die Weisung ab. Die Anzahl der Liegenschaften ist nicht bekannt. Auch werden nur Siedlungen mittlerer Grösse erwähnt, nicht aber Einfamilienhäuser oder grosse Baugenossenschaften. Es ist nicht klar, wie viele Wärmeverbunde mit Abwärme und/oder erneuerbare Energien mit einem Mindestanteil von 70 % fossilfreier Energie es in der Stadt gibt. Die Stadt möchte offenbar unbedingt wieder einen Subventionstopf eröffnen. Die Bürgerinnen und Bürger wissen vor lauter Töpfen nicht mehr, wo sie allfällige Vergünstigungen erhalten. Die Minderheit der Kommission lehnt deshalb Dispositivziffer 1 ab und beantragt für die Dispositivziffer 2 die Zustimmung.

Kommissionsminderheit Dispositivziffer 2:

**Barbara Wiesmann (SP):** Die SP lehnt die Abschreibung des Postulats, das sich mit den Risikobeiträgen befasst, ab. Wir wollen sicherstellen, dass die Risikobeiträge nach dem Überarbeiten der kommunalen Energieplanung nochmals im Gemeinderat diskutiert werden können. Die Risiken eines Betreibers eines Verbunds werden zurzeit nicht finanziell unterstützt. Aus unserer Sicht besteht diesbezüglich noch Handlungsbedarf.

Weitere Wortmeldungen:

**Eduard Guggenheim (AL):** Der ökologische Ansatz der Förderung der Massnahmen zum Umstieg auf emissionsarme Anlagen und auf CO<sub>2</sub>-reduzierende Anlagen spricht für die Vorlage. Dagegen spricht, dass bereits zahlreiche Förderprogramme und energiesparende Massnahmen an Gebäuden existieren. Es ist auch eine etwas willkürliche Belohnung von EigentümerInnen, die zufällig im Bereich von neuen Fernwärmenetzen wohnen. Am Rande stellt sich auch die Frage, ob eine Zustimmung eine verdeckte Vorinvestition für das Projekt «Limmat Energie AG» bedeuten würde. Insgesamt würde mit einem erheblichen Finanzaufwand ein ziemlich bescheidenes Resultat erreicht. Wir haben in der AL mehrfach darüber diskutiert und haben Stimmfreigabe beschlossen.

**Guy Krayenbühl (GLP):** Die GLP unterstützt die Weisung. Zum Änderungsantrag der Grünen bezüglich einer Erhöhung von 70 auf 80 %: Wir würden dies generell begrüßen, sind aber der Ansicht, dass die Ausdehnung auf autarke Heizlösungen den Rahmen des politischen Vorstosses sprengt und lehnen den Antrag deshalb ab.

**Elisabeth Schoch (FDP):** Die FDP lehnt die Weisung insgesamt ab. Die neuen Muster Vorschriften der Kantone befinden sich derzeit in der Vernehmlassung. Diese werden wieder neue Regeln bringen. Es wäre sinnvoller, etwas an der Gebäudehülle zu ändern statt an der Heizung. Es ist derzeit nicht der richtige Moment, um weitere Fördertöpfe zu eröffnen, insbesondere nicht für Heizsysteme. Den Antrag der Grünen lehnen wir ab. Die Grünen bevorzugen hier eine fundamentale Lösung und es handelt sich um Klientelpolitik. Es ist auch nicht opportun, dass die städtischen Wärmeverbände benachteiligt werden. Es wäre insgesamt eine teurere Lösung. Die Abschreibung der beiden Postulate unterstützen wir hingegen.

**Marcel Bührig (Grüne):** Die Grünen werden der Weisung wie grundsätzlich jedem sinnvollen ökologischen Projekt zustimmen. Das Volk gab uns mit der 2000-Watt-Abstimmung einen klaren Auftrag. Die Weisung ist ein Schritt in diese Richtung. Die Stadtverwaltung hat das Postulat korrekt umgesetzt. Daher werden wir Dispositivziffer 3 zustimmen. Dispositivziffer 2 werden wir ablehnen, da wir das entsprechende Postulat noch nicht für umgesetzt halten. Zur Aussage der FDP: Wir betreiben hier keine Klientelpolitik. Es geht uns nicht darum, dass wir etwas spezifisch für unsere Wähler tun müssten. Ich habe zum Beispiel keine Hausbesitzer in meinem Kollegenkreis, die hier profitieren könnten. Es ist auch keine fundamentale Lösung. Wir verlangen eine mode-

rate Steigerung von 70 auf 80 %. Es wird auch nicht einfach ein weiterer Fördertopf eröffnet, aus dem sich die Bevölkerung mit beiden Händen bedienen kann. Die 2,12 Millionen Franken werden für die Jahre des Pilotprojekts bewilligt. Mit unserem Antrag hätte sich an diesem Betrag nichts geändert. Die 2,12 Millionen Franken sind eine gute Basis, um ein Pilotprojekt zu starten. Es existieren zwar insgesamt schon viele Förderbeiträge, doch für Heizlösungen gibt es bisher nur wenige.

**Reto Vogelbacher (CVP):** Die CVP befürwortet die Vorlage. Die Freiwilligkeit für einen Anschluss ist gewährleistet. Die Bereitschaft, sich einem Fernwärmeverbund anzuschliessen, kann mit einem Anreiz erhöht werden. Hauseigentümer machen nur mit, wenn sie den nicht amortisierten Anteil der fossilen Heizung vergütet erhalten. Zudem ist die Vorlage zeitlich befristet, es ist finanziell gesehen kein Fass ohne Boden. Die Stadt hat die Herausforderung der Ablösung der fossilen Energie angenommen. Deshalb sollten wir diesen Weg auch gehen. Die CVP lehnt den Änderungsantrag der Grünen ab und folgt bei den Dispositivziffern 1–3 der Mehrheit.

**Andreas Edelmann (SP):** Es freut mich, dass der Stadtrat das Postulat umsetzen möchte. Aus beruflichen Gründen bin ich täglich in Diskussionen um Heizungersatz und neue Energielösungen involviert. Bis heute war es üblicherweise so, dass jedes Haus seine Öl- oder Gasheizung hatte. Die Stadt besteht aber nicht primär aus Einfamilienhäusern. Sehr oft steht eine Gemeinschaftslösung im Raum. Grosse Heizanlagen sind etwa mit einer Grundwasserwärmepumpe möglich, jedoch nur für sehr grosse Anlagen und nicht für einzelne Objekte. Auch Fernwärme ist interessant für grosse Objekte ab einer gewissen Heizleistung. Wenn sich einzelne Objekte zu einem Verbund zusammenschliessen, ist auch für sie die Fernwärme wieder eine potenzielle Lösung. Es ist tatsächlich nicht bekannt, wie viele Wärmeverbunde es in der Stadt gibt. Es ist offen, wie viele Objekte sich dereinst zu kleineren oder grösseren Wärmeverbunden zusammenschliessen werden. Ein Ziel des Pilotprojekts ist, dass man diese Konstellationen findet. Es gibt einige Gründe, warum diese Zusammenschlüsse bisher nicht zustande kamen. Der häufigste Grund ist, dass die Häuser einen unterschiedlichen Stand aufweisen. Vielleicht benötigen zwei von vier Häusern eine neue Heizung, das dritte Haus baute aber vor zwei Jahren eine neue Ölheizung ein, das vierte Haus vor fünf Jahren. Diese Häuser haben natürlich kein Interesse an einer Gemeinschaftslösung. Genau hier greift der Mechanismus des Pilotprojekts. Diejenigen mit einer neueren fossilen Heizung werden motiviert, da sie eine Entschädigung für ihre fossile Heizung erhalten. Das sind ein paar Tausend Franken pro Objekt, keine Millionen. Die Beträge werden auch nur ausbezahlt, wenn Gemeinschaftslösungen umgesetzt werden können. Mit dem Pilotprojekt steigt die Chance, dass solche Lösungen zustande kommen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Claudia Nielsen:** Wir haben hier eine Vorlage, die wirklich Sinn macht. Das Pilotprojekt soll dazu dienen, die noch offenen Fragen klären zu können, so etwa, wie viele Objekte teilnehmen würden. In der Stadt St. Gallen wurden sehr gute Erfahrungen gemacht. Beim Pilot geht es nicht darum, Projekte von Contractors zu unterstützen. Es

5 / 7

*geht um ein zeitliches Synchronisieren in der Nachbarschaft für gemeinsame Anschlüsse. Deshalb wollen wir hier auch nicht autarke Heizlösungen mit Desinvestitionsbeiträgen unterstützen. Wir würden am Ende in Gefahr laufen, doppelt zu subventionieren, da es dort bereits Lösungen gibt. Wir möchten effiziente Lösungen für unser Ziel. Wir wissen tatsächlich nicht, wie viele Wärmeverbunde es gibt. Wenn zwei oder drei Häuser einen Wärmeverbund bilden, wird das nicht von uns erfasst oder kontrolliert. Es ist gut, wenn es möglichst viele solche Verbunde gibt. Wenn wir hier fördern können, ist es umso besser. Wir möchten in diesen vier Jahren herausfinden, wie dies am sinnvollsten geht. Wenn das Pilotprojekt gut funktioniert, kann der Gemeinderat darüber entscheiden, ob es weitergeführt wird. Wir werden in den nächsten Jahren auch herausfinden müssen, wie wir gekoppelte Wärme- und Kälteverbunde an Orten unterstützen können, wo es nicht bereits einen Contractor gibt oder die Nachbarschaft zu klein wäre. Es wird eine der grossen Fragen sein, wie man künftig auf eine ökologische Art auch zu Kälte kommen kann. Wir wollen ein neues Angebot entwickeln und prüfen, wie man es am besten umsetzt. Es ist ein wichtiger Beitrag zur Erreichung des 2000-Watt-Ziels. Über das Postulat Risikobeiträge werden wir befinden, sobald wir in der Verwaltung die Vorarbeiten geleistet haben.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende Änderungen der Dispositivziffer 1:

1. Für die Ausrichtung von Desinvestitionsbeiträgen an Eigentümerschaften von Gebäuden in der Stadt Zürich, die einen Anschluss an einen Wärmeverbund mit Abwärme und/oder erneuerbaren Energien (mindestens 70 80 Prozent fossilfrei) oder eine autarke Heizlösung basierend auf erneuerbaren Energien (ohne Biomasse) erstellen und damit ihre bestehende, noch nicht amortisierte, fossil betriebene Feuerungsanlage ablösen, wird im Rahmen eines Pilotprojekts für die Jahre 2016–2020 ein Objektkredit von 2,12 Millionen Franken bewilligt.

Mehrheit: Barbara Wiesmann (SP), Referentin; Vizepräsident Rolf Müller (SVP), Raphael Kobler (FDP), Joe A. Manser (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Thomas Osbahr (SVP), Marcel Savarioud (SP), Marion Schmid (SP), Elisabeth Schoch (FDP)  
Minderheit: Präsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne)  
Enthaltung: Eduard Guggenheim (AL), Guy Krayenbühl (GLP)  
Abwesend: Marcel Bührig (Grüne), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 40 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

6 / 7

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Barbara Wiesmann (SP), Referentin; Präsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Guy Krayenbühl (GLP), Joe A. Manser (SP), Marcel Savarioud (SP), Marion Schmid (SP)  
Minderheit: Vizepräsident Rolf Müller (SVP), Referent; Raphael Kobler (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Thomas Osbahr (SVP), Elisabeth Schoch (FDP)  
Enthaltung: Eduard Guggenheim (AL)  
Abwesend: Marcel Bührig (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 50 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Vizepräsident Rolf Müller (SVP), Referent; Raphael Kobler (FDP), Guy Krayenbühl (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP), Thomas Osbahr (SVP), Elisabeth Schoch (FDP)  
Minderheit: Barbara Wiesmann (SP), Referentin; Eduard Guggenheim (AL), Joe A. Manser (SP), Marcel Savarioud (SP), Marion Schmid (SP)  
Enthaltung: Präsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne)  
Abwesend: Marcel Bührig (Grüne)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 62 Stimmen ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Barbara Wiesmann (SP), Referentin; Vizepräsident Rolf Müller (SVP), Raphael Kobler (FDP), Guy Krayenbühl (GLP), Joe A. Manser (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Thomas Osbahr (SVP), Marcel Savarioud (SP), Marion Schmid (SP), Elisabeth Schoch (FDP)  
Enthaltung: Präsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Eduard Guggenheim (AL)  
Abwesend: Marcel Bührig (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Ausrichtung von Desinvestitionsbeiträgen an Eigentümerschaften von Gebäuden in der Stadt Zürich, die einen Anschluss an einen Wärmeverbund mit Abwärme und/oder erneuerbaren Energien (mindestens 70 Prozent fossilfrei) erstellen und damit ihre bestehende, noch nicht amortisierte, fossil betriebene Feuerungsanlage ablösen, wird im Rahmen eines Pilotprojekts für die Jahre 2016–2020 ein Objektkredit von 2,12 Millionen Franken bewilligt.

7 / 7

3. Das Postulat von Nicolas Esseiva und Andreas Edelmann, GR Nr. 2013/287, betreffend Ausrichtung von Desinvestitionsbeiträgen beim Ersatz fossiler Heizungen durch erneuerbare Systeme wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. Februar 2016 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 16. März 2016)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat